

Horn, Gustav A.; Volz, Joachim

Article

Großbritannien auf dem Weg zum Euro?

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Horn, Gustav A.; Volz, Joachim (2002) : Großbritannien auf dem Weg zum Euro?, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 69, Iss. 13/14, pp. 218-226

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151131>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Großbritannien auf dem Weg zum Euro?

Gustav A. Horn
ghorn@diw.de

Joachim Volz
jvolz@diw.de

Mit dem Ausscheren aus dem Wechselkurssystem des Europäischen Währungssystems (EWS) im Jahre 1992 und der sich anschließenden Abwertung des Pfund Sterling um 20 % ist Großbritannien einen eigenen Weg bei der Integration in den europäischen Markt gegangen.¹ Nicht zuletzt aus grundsätzlichen Bedenken, die sich aus der Beschränkung der parlamentarischen Budgethoheit durch den Vertrag von Maastricht ergaben, beteiligte sich das Vereinigte Königreich nicht am Konvergenzprozess zur Währungsunion. Ökonomisch war dies für das Land nicht von Schaden. Denn im Laufe der 90er Jahre kam es – anders als in den meisten EU-Ländern – zu einem mehrere Jahre anhaltenden kräftigen Aufschwung, wobei von 1993 bis 1998 das durchschnittliche Wirtschaftswachstum mit etwa 3 % deutlich über dem in Westeuropa insgesamt – rund 2 % – lag.

Diese positiven Erfahrungen mit der geld- und währungspolitischen Autonomie nach 1992 machen die Zurückhaltung Großbritanniens im Hinblick auf eine mögliche Einführung des Euro verständlich. Dies gilt umso mehr, als die Europäische Zentralbank vor allem in den ersten Jahren aus britischer Sicht ein zu hohes Zinsniveau herbeiführte.²

Folgt man den jüngsten Umfragen, dann hat die Einführung des Euro zum Jahresbeginn die Sympathien für eine Währungsunion in Großbritannien verstärkt. Für den Beitritt zur Währungsunion müssen mehrere Voraussetzungen gegeben sein. Zum Ersten müssen die Kriterien des Vertrags von Maastricht erfüllt sein und zum Zweiten auch die Prüfkriterien, die von der britischen Regierung festgelegt wurden. Erst danach wird ein Referendum zur Beitrittsfrage stattfinden. Die Analyse zeigt, dass Großbritannien derzeit ohne große Schwierigkeiten die Kriterien erfüllen würde.

Maastricht-Kriterien im Kern erfüllt

Bei der Bildung der ursprünglichen, aus elf Ländern bestehenden Europäischen Währungsunion (EWU) im Jahre 1999, die ein Jahr später um Griechenland als zwölftes Land erweitert wurde, war die Einhaltung der so genannten Maastricht-Kriterien eine entscheidende Voraussetzung für den Beitritt. Aus der Sicht der EWU-Länder wird dies nach den Verträgen auch für die künftige Ausweitung der Währungsunion gelten. Unbedeutende Abweichungen von einzelnen der vorgegebenen Maßstäbe dürften zwar hingenommen werden. So hatten schon bei der ersten Qualifizierungsrunde Italien und Finnland die Zwei-Jahres-Frist für einen stabilen Kurs ihrer Währung (Lira bzw. Finnmark) bis zum 1. Januar 1999 nicht ganz erfüllt; dem wurde indes nur eine geringe Bedeutung zugemessen. Auch im Hinblick auf Großbritannien wurde bereits die Möglichkeit einer Ausnahme von dieser Bestimmung diskutiert. Jedoch will man prinzipiell an den festgelegten Vorgaben festhalten, um das Vertrauen in den Euro zu stärken und keine Präzedenzfälle – insbesondere für die künftigen EU-Mitglieder aus Ost- und Mitteleuropa – zu schaffen.³

Im Vergleich zu den anderen großen Volkswirtschaften der Europäischen Union hat Großbritannien die finanzpolitischen Kriterien in vorbildlicher Weise erfüllt. Es weist sowohl beim Finanzierungssaldo als auch beim Schuldenstand bessere Werte auf als alle großen und auch die meisten kleineren EWU-Länder (Tabelle 1). Großbritannien hat in der letzten Wachstumsphase sogar deutliche Haushaltsüberschüsse gebildet, so dass in der gegenwärtigen konjunkturellen Schwächephase Spielräume zur Stimulierung bestehen. Auch bei der Inflationsrate, dem aus ökonomischer Sicht bedeutsamsten Kriterium, wurde die vorgegebene Hürde klar überwunden; schon seit einiger Zeit bewegt sich die britische Teuerungsrate (Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex) im europäischen Vergleich am unteren Ende.

¹ Zwar hat auch Italien damals noch einmal kräftig abgewertet. In den Folgejahren hat es allerdings einen völlig anderen wirtschaftspolitischen Kurs verfolgt, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen.

² Zur Kritik aus britischer Sicht vgl. UK Central Bank: Official Hits out at Economic Policy in Eurozone. In: Financial Times vom 24. Januar 2002.

³ Vgl. Stellungnahme des Bundesbank-Vizepräsidenten Stark: EWU-Beitrittskriterien nicht lockern. In: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 5 vom 24. Januar 2002.

Tabelle 1

Entwicklung der Maastricht-Kriterien seit 1995

	Deutschland	Frankreich	Italien	EWU	Großbritannien
Entwicklung der öffentlichen Haushalte					
Bruttoschulden ¹					
1995	57,1	54,0	123,3	72,9	51,8
1996	59,8	57,1	122,1	75,4	52,3
1997	61,0	59,3	120,2	75,3	50,8
1998	60,9	59,7	116,4	73,7	47,6
1999	61,3	58,7	114,6	72,7	45,7
2000	60,3	57,6	110,5	70,2	42,8
2001	61,4	57,0	109,4	69,5	38,7
Finanzierungssaldo¹					
1995	-3,5	-5,5	-7,6	-5,1	-5,8
1996	-3,4	-4,1	-7,1	-4,3	-4,4
1997	-2,7	-3,0	-2,7	-2,6	-2,2
1998	-2,2	-2,7	-2,8	-2,2	0,4
1999	-1,6	-1,6	-1,8	-1,3	1,1
2000	-1,3	-1,4	-1,5	-0,8	2,0
2001	-2,7	-1,9	-1,4	-1,4	1,3
Entwicklung der Verbraucherpreise²					
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1995	–	1,8	5,4	2,5	2,6
1996	1,2	2,1	4,0	2,3	2,5
1997	1,5	1,3	1,9	1,6	1,8
1998	0,6	0,7	2,0	1,1	1,6
1999	0,6	0,6	1,7	1,1	1,3
2000	2,1	1,8	2,6	2,3	0,8
2001	2,4	1,8	2,7	2,7	1,2
Entwicklung der langfristigen Zinssätze					
in %					
1995	6,8	7,5	11,9	8,6	8,2
1996	6,2	6,3	9,2	7,2	7,8
1997	5,7	5,6	6,7	6,0	7,0
1998	4,6	4,8	4,9	4,7	5,5
1999	4,5	4,9	4,7	4,7	5,1
2000	5,3	5,9	5,6	5,4	5,3
2001	4,8	5,4	5,2	5,0	4,9

¹ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. 2001 Schätzung des DIW Berlin.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

Quellen: EZB; Europäische Kommission; Eurostat; OECD; Statistisches Bundesamt.

DIW Berlin 2002

Der langfristige Zinssatz liegt seit einigen Jahren nahe am Durchschnittssatz der EWU-Länder, so dass es auch hier kein Problem gibt. Das letzte der Kriterien, nämlich das einer mindestens zweijährigen Wechselkursstabilität gegenüber dem Euro und der Teilnahme am Wechselkursmechanismus, ist allerdings nicht erfüllt, obwohl sich der Kurs des Pfundes gegenüber dem Euro zuletzt etwas stabilisiert hat (Tabelle 2). Zudem wird er aufgrund der defizitären Außenhandelsbilanz fast einhellig für überhöht gehalten, so dass eine deutliche Abwertung über kurz oder lang nicht unwahrscheinlich ist. Alles in allem dürfte aus der Sicht der EWU-Länder dennoch kein ernsthaftes Hindernis für den Beitritt Großbritanniens bestehen.

Wechselkurs-Kriterium nicht erfüllt

Tabelle 2

Entwicklung des Wechselkurses zwischen Pfund Sterling und Euro bzw. ECU¹

Pfund je Euro

1995	0,83
1996	0,81
1997	0,69
1998	0,68
1999	0,66
2000	0,61
2001	0,62

¹ Bis Dezember 1998.

Quelle: EZB.

DIW Berlin 2002

Kasten 1

Die Maastricht-Konvergenz-Kriterien

- Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte darf maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen.
- Der Bruttoschuldenstand der öffentlichen Haushalte soll 60 % des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.
- Die Inflationsrate darf nicht um mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Inflationsraten der drei Länder mit dem niedrigsten Preisanstieg liegen.
- Der langfristige nominale Zinssatz darf den Durchschnitt bei den Ländern mit den niedrigsten Sätzen nicht um mehr als 2 Prozentpunkte überschreiten.
- Der Wechselkurs der jeweiligen Währung soll innerhalb des Europäischen Währungssystems – also heute de facto gegenüber dem Euro – mindestens zwei Jahre stabil gewesen sein.

Testkriterien der britischen Regierung weniger klar

Nicht ganz eindeutig ist das Bild aus der Sicht der britischen Regierung. Die bis Anfang 1997 im Amt befindlichen konservativen Regierungen standen einem Beitritt zur Europäischen Währungsunion von jeher ablehnend gegenüber. Hier hat sich mit dem Antritt der Labour-Regierung im Frühjahr 1997 ein Wandel vollzogen. Dies schlägt sich auch in einer aktiveren Beteiligung an der Diskussion um die Perspektiven und den Reformbedarf in der EU nieder.⁴ Allerdings sah man in den vergangenen Jahren, dass der Zeitpunkt für einen Beitritt noch nicht gekommen sei, obwohl die Maastricht-Kriterien weitgehend erfüllt waren. Nach wie vor bestehen Bedenken, die sich gegen die Einschränkung der Budgethoheit des Parlaments durch den Vertrag von Maastricht und den Stabilitäts- und Wachstumspakt richten. Nicht zuletzt, um Zeit für einen Wandel der öffentlichen Meinung zu gewinnen, hat sich die Regierung dafür entschieden, einem Beitrittsantrag auf jeden Fall ein Referendum vorangehen zu lassen. Bevor es zu einem solchen Referendum kommt, muss klar sein, dass ein Beitritt im „nationalen wirtschaftlichen Interesse“ liegt. Hierzu wurden fünf wirtschaftliche Testfragen formuliert (Kasten 2).

Diese Kriterien sind allerdings von relativ hohem Allgemeinheitsgrad, so dass eine eindeutige Antwort auf die Fragen schwer fallen dürfte. Dies erhöht freilich auch den Entscheidungsspielraum für die Regierung.

Unter den fünf Kriterien ist das erste Kriterium von besonderer Bedeutung. Kann nämlich die Frage nach der Synchronität der Konjunkturzyklen positiv beantwortet werden, so hat dies grosso modo positive Wirkungen auf die anderen Prüfsteine: Da der britische Wirtschaftsraum international gesehen klein

ist, würde ein „Beiseitestehen“ bei flexiblem Pfundkurs und hoher Volatilität des Zinssatzes ohne eine Bindung an den Euro wohl weder die Investitionsneigung ausländischer Investoren noch die Rolle der „City of London“ stärken. Dies gilt umso mehr, als alles dafür spricht, dass der Euro eine stabile und weltweit rasch akzeptierte Währung sein wird. Die Flexibilität und die Anpassungsfähigkeit der britischen Wirtschaft im Sinne der angebotstheoretischen Argumentation werden im internationalen Vergleich infolge der seit den 80er Jahren durchgeführten „umfassenden“ Reformen im arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Bereich als sehr hoch angesehen. Insofern dürften sich die positiven Effekte auf Wachstum und Beschäftigung, die gemeinhin einer engeren Bindung im Integrationsraum zugeschrieben werden, auch im Falle Großbritanniens entfalten.

Konjunkturzyklen: Mangelnde Synchronität mit der Entwicklung im Euroraum?

Damit steht die Frage nach dem Gleichlauf der Konjunkturzyklen im Vordergrund. Da in der Währungsunion eine einheitliche Geldpolitik betrieben wird, entstünden bei divergierenden Konjunkturzyklen wirtschaftspolitische Koordinationsprobleme. Ein Gleichlauf, der als ein wesentliches Kriterium für die Optimalität eines gemeinsamen Währungsraums gilt, hängt nicht zuletzt mit den intensiven Handelsbeziehungen im Integrationsraum zusammen.⁵ Von einigen Autoren werden diese jedoch nicht als Voraussetzung für eine Währungsunion angesehen, sondern vielmehr als deren Ergebnis. Insofern kann sich ein gemeinsamer Konjunkturzyklus auch erst

Synchronität der Konjunkturzyklen entscheidend

⁴ Vgl. HM Treasury: Realising Europe's Potential. Economic Reform in Europe, Februar 2002.

⁵ Siehe Barry Eichengreen: Is Europe an Optimum Currency Area? CEPR Discussion Paper No. 4782, London 1990.

Die Prüfkriterien der britischen Regierung für den Beitritt zur Währungsunion¹

- Sind die Konjunkturzyklen und Wirtschaftsstrukturen in Großbritannien und in der EWU kompatibel, insbesondere im Hinblick auf eine einheitliche Geld- und Zinspolitik?
- Ist die Flexibilität der Wirtschaft groß genug, um mit auftretenden Problemen zurechtzukommen?
- Wird die Attraktivität Großbritanniens für langfristige Investitionsentscheidungen durch eine EWU-Mitgliedschaft erhöht?
- Fördert die Mitgliedschaft in der Währungsunion Großbritanniens Finanzdienstleistungen?
- Wird der Beitritt Wachstum, Beschäftigung und Stabilität langfristig fördern?

¹ Quelle: HMTreasury: UK Membership of the Single Currency. An Assessment of the Five Economic Tests, October 1997, sowie ähnlich formuliert: Erklärung des britischen Schatzkanzlers Gordon Brown

am 27. Oktober 1997 im Unterhaus über Großbritanniens Einstellung zur Währungsunion. In: Britische Botschaft (Hrsg.): Europäische Notizen aus Großbritannien, 5. November 1997.

als Folge einer Währungsunion ergeben.⁶ Dies würde allerdings stärkere Anpassungsprozesse zu Beginn des Beitritts implizieren.

In der Tat war der konjunkturelle Zusammenhang zwischen Großbritannien und den wichtigsten Ländern der EWU lange schwächer als der Zusammenhang zwischen den Ländern der EWU. Als Maß dafür wurden hier die Differenzen zwischen Produktionspotential und tatsächlicher Produktion, die Produktionslücke oder Output-Gap, verwendet.⁷ Für den Zeitraum 1991 bis 2001 war die Korrelation zwischen Großbritannien, den einzelnen EWU-Ländern sowie dem Euroraum insgesamt sehr gering oder sogar negativ (Tabelle 3).⁸ Dagegen war der Konjunkturzusammenhang zwischen den jeweiligen EWU-Ländern in fast allen Fällen deutlich stärker. Zu diesen Unterschieden im Konjunkturzusammenhang dürften einmalige Faktoren wesentlich beigetragen haben. Hierzu gehören der deutsche Vereinigungsboom mit seiner Ausstrahlung auf die Nachbarländer und der monetäre Konvergenzprozess im Vorfeld der Währungsunion. Großbritannien befand sich Anfang der 90er Jahre indes im Sog der USA in einer tiefen Rezession.

Nimmt man dagegen zum Vergleich den Zeitraum 1995 bis 2001, der durch weniger dramatische Ereignisse geprägt wurde, so ergibt sich ein anderes Bild: Hier war der Korrelationskoeffizient Großbritannien/EWU (insgesamt) wesentlich höher (0,68 gegenüber 0,15) und lag im Vergleich zur Korrelation der Konjunkturentwicklung der jeweiligen EWU-Länder mit der des Euroraums insgesamt im mittleren Feld. Insgesamt hat sich der konjunkturelle Zusammenhang zwischen Großbritannien und dem EWU-Raum in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wesentlich verstärkt und entspricht inzwischen weitgehend dem zwischen den EWU-Ländern.

Eine wichtige Frage ist, ob die divergierende Konjunkturentwicklung auf unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Strategien basiert. Dies ist anhand von Indikatoren für die Geld- und die Finanzpolitik untersucht worden. Der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklung entsprachen vielfach auch divergierende kurzfristige Zinssätze. Von 1992 bis Mitte der 90er Jahre war die Geldpolitik in Großbritannien vor dem Hintergrund der Rezession wesentlich expansiver als in Kerneuropa und unterstützte damit den Aufschwung. Bei sich weiter festigender Aufwärtsentwicklung ging die Bank of England allmählich auf einen Bremskurs (Abbildung 1).

Die Variabilität der Zinssätze, gemessen an der Standardabweichung (Tabelle 4), war dabei in Großbritannien spürbar geringer als für den Euroraum insgesamt. Die Ursache hierfür besteht vor allem in der De-Inflationspolitik vieler Länder im Vorfeld der Währungsunion. Das zeigt sich besonders im Fall Italiens und Portugals, wo die Inflationsraten mit am stärksten zurückgeführt werden mussten. Vergleicht man dagegen die Entwicklung der britischen Zinssätze mit denen in Deutschland, das als Stabilitätsanker für den Euroraum keine De-Inflationspolitik benötigte, zeigt sich kaum ein Unterschied in der Zinsvariabilität. Der Zusammenhang mit der Konjunkturentwicklung lässt sich anhand der Kreuzkorrelation der kurzfristigen Zinssätze mit der Produktionslücke aufzeigen. Hier zeigen sich markante Unterschiede. In Großbritannien besteht eine signifikant positive Korrelation zwischen dem Geldmarktzins und dem Output-Gap. Diese besteht vom aktuellen Quartal bis hin zu Verzögerungen von

Annäherung bei den Konjunkturzyklen

⁶ Siehe Jeff Franckel and Andrew Rose: The Endogeneity of Optimal Currency Area. CEPR Discussion Paper No. 1473, London 1996.

⁷ OECD: Economic Outlook.

⁸ Eine Ausnahme bildeten lediglich Finnland und Irland.

Tabelle 3

Korrelationskoeffizienten für den Output-Gap¹ 1991 bis 2001 und 1995 bis 2001

	1991 bis 2001	1995 bis 2001
Großbritannien gegenüber den EWU-Ländern und Euroraum		
Deutschland	0,00	0,41
Frankreich	0,18	0,67
Italien	0,05	-0,46
Spanien	0,05	0,74
Niederlande	0,37	0,60
Belgien	-0,20	0,64
Österreich	-0,13	0,68
Finnland	0,90	0,89
Griechenland	0,15	0,58
Portugal	0,03	0,80
Irland	0,75	0,79
Euroraum	0,15	0,68
EWU-Länder gegenüber Euroraum		
Deutschland	0,88	0,87
Frankreich	0,88	0,96
Italien	0,66	-0,21
Spanien	0,91	0,94
Niederlande	0,76	0,62
Belgien	0,90	0,92
Österreich	0,88	0,82
Finnland	0,38	0,79
Griechenland	0,82	0,65
Portugal	0,84	0,61
Irland	0,49	0,91

¹ Differenz zwischen aktuellem Bruttoinlandsprodukt und dem Produktionspotential.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Britische Geld- und Finanzpolitik flexibler

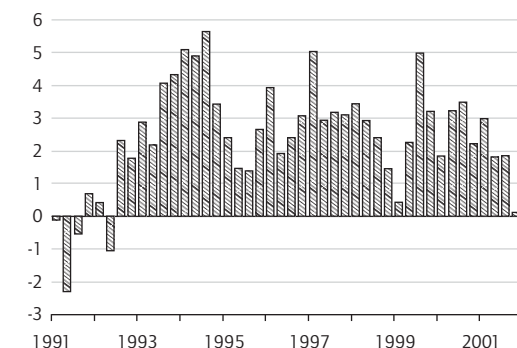
fünf Quartalen, wobei der maximale Wert mit 0,42 bei einer Verzögerung von drei Quartalen auftritt. Für Deutschland lässt sich ein solcher Zusammenhang hingegen nicht signifikant nachweisen. Dies spricht dafür, dass die englische Geldpolitik stärker auf konjunkturelle Schwankungen reagiert hat als die deutsche.

Ein ähnlicher Befund ergibt sich auch für die finanzpolitischen Indikatoren. Für den Zeitraum 1991 bis 2001 ist die Standardabweichung bei den öffentlichen Haushaltssalden für Großbritannien deutlich größer als für den Euroraum insgesamt (3,60 gegenüber 2,01). Dies liegt auch daran, dass Großbritannien konjunkturbedingten Veränderungen des Defizits der öffentlichen Haushalte bewusst nicht entgegenwirkte. Großbritannien ist auch gegenwärtig bestrebt, seine andersartige finanzpolitische Strategie den EWU-Ländern näher zu bringen.⁹ Ähnliche oder noch größere Schwankungen ergeben sich allerdings auch für diejenigen EWU-Länder, die zu Beginn der 90er Jahre hohe Defizite aufwiesen, wie Griechenland, Italien, Belgien und Finnland. Hierin spiegelt sich in diesem Fall aber

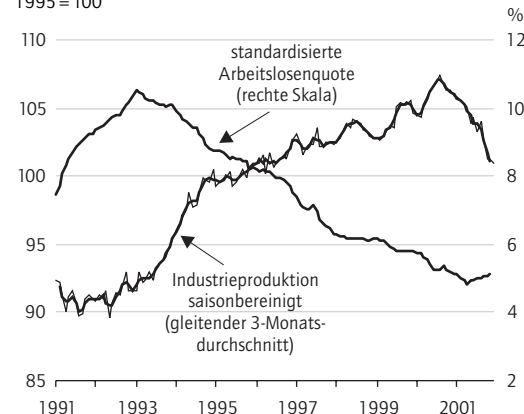
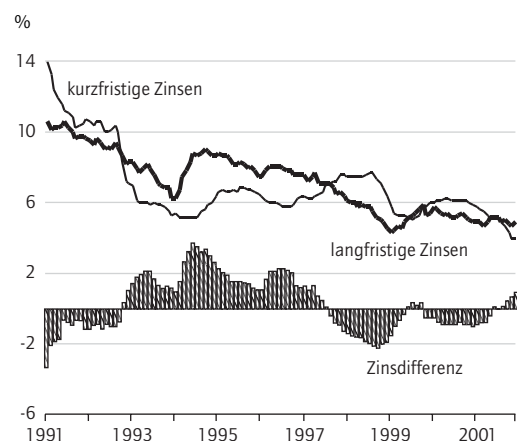
Abbildung 1

Großbritannien
Reales Bruttoinlandsprodukt

Saisonbereinigt; Veränderung in % gegenüber Vorquartal¹


Industrieproduktion und Arbeitslosenquote

1995 = 100


Kurz- und langfristige Zinsen


¹ Auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

⁹ Vgl. HM Treasury, a. a. O.: „In the UK the fiscal policy framework, based on the golden rule and the sustainable investment rule, is ensuring sound public finances over the medium term, while supporting monetary policy over the cycle and delivering sustainable investment in public services. The Government believes a similar approach is appropriate for the EU fiscal policy framework and supports a prudent interpretation of the Stability and Growth Pact which takes into account the economic cycle, sustainability and the important role of public investment.“

Tabelle 4

Variabilität¹ der kurzfristigen Zinssätze und der Salden der öffentlichen Haushalte

	Kurzfristige Zinssätze ² 1994 bis 2001	Haushaltssalden	
		1991 bis 2001	1995 bis 2001
Deutschland	0,85	1,30	1,58
Frankreich	1,24	1,69	1,49
Italien	2,58	4,15	2,75
Spanien	2,18	2,37	2,36
Niederlande	0,84	2,28	2,02
Belgien	0,97	3,01	1,73
Österreich	0,76	1,59	1,65
Finnland	1,02	4,35	3,73
Griechenland	–	4,95	3,60
Portugal	2,83	1,72	1,13
Irland	1,20	2,70	2,17
Euroraum	1,22	2,01	1,79
Großbritannien	0,83	3,60	3,04

¹ Gemessen an der Standardabweichung für den jeweiligen Zeitraum.

² Für 1991 bis 1993 liegen keine vergleichbaren Daten vor.

Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

vor allem der Konsolidierungsprozess im Vorfeld der Währungsunion. Ein Vergleich für den Zeitraum 1995 bis 2001 mit den Standardabweichungen für Großbritannien und den Euroraum zeigt, dass die Variabilität in beiden Fällen etwas abgenommen hat; zudem haben sich auch die Extremabweichungen innerhalb des Euroraums spürbar verringert.

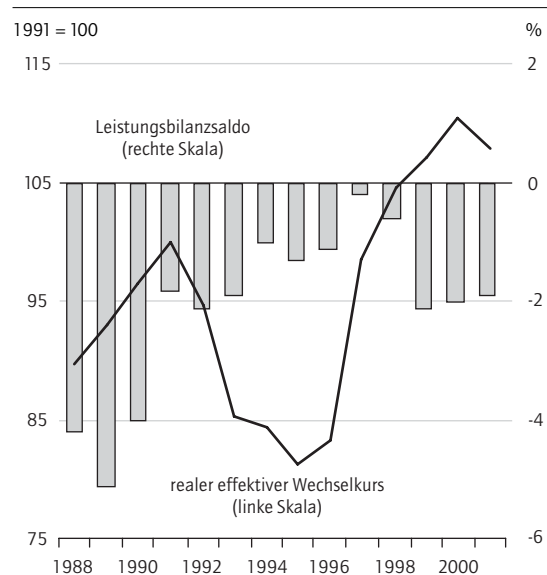
Die Ergebnisse belegen, dass sich der Konjunkturzyklus Großbritanniens nicht mehr sehr von dem des Euroraums unterscheidet. Allerdings scheint Großbritanniens Wirtschaftspolitik erheblich flexibler auf konjunkturelle Schwankungen zu reagieren, als dies bei der Wirtschaftspolitik im Euroraum der Fall ist.

Konvergenz der Lohnstückkostenentwicklung

Ob die britische Geld- und Fiskalpolitik ohne größere realwirtschaftliche Friktionen in die Wirtschaftspolitik des bisherigen Euroraums integriert werden kann, hängt im Wesentlichen davon ab, ob sich auch der Lohnbildungsprozess anpasst. Divergenzen zwischen der Lohnstückkostenentwicklung eines Landes und dem Rest des Währungsraums führen zu einer Veränderung der relativen Wettbewerbspositionen. Entweder verlieren die Unternehmen bei einem höheren Lohndruck an Wettbewerbsfähigkeit, weil sie höhere Preise verlangen müssen, oder aber sie müssen, wenn sie die Preise bei hohen Lohnsteigerungen auf dem Wettbewerbsniveau lassen, Gewinneinbußen hinnehmen. Die Wettbewerbsposition spiegelt sich letztlich in der Leistungsbilanzentwicklung (Abbildung 2).

Außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mangelhaft

Abbildung 2

Leistungsbilanzsaldo¹ und realer effektiver Wechselkurs² in Großbritannien 1988 bis 2001


¹ In % des Bruttoinlandsprodukts.

² Dollar-Basis. Entwicklung gegenüber 22 Industrieländern.

Quelle: Europäische Kommission.

DIW Berlin 2002

Entscheidend für die jüngste Passivierung der Leistungsbilanz Großbritanniens war denn auch, dass die Löhne und die Lohnstückkosten seit 1996 als Spätfolge des Booms kräftiger als im Euroraum gestiegen sind (Tabelle 5), nachdem die Lohnsteigerung in den EWU-Ländern zu Beginn der 90er Jahre noch wesentlich höher waren. Bei zeitweise sogar überschüssender Ausschöpfung des Verteilungsspielraums (Abbildung 3) – und zwar noch stärker als in Frankreich¹⁰ – erhöhte sich die Lohnquote von 1996 an (Abbildung 4) rasch, und der Index der Lohnstückkosten lag 1998 – von der Basis 1991 aus gesehen – zum ersten Mal wieder über dem Stand im EWU-Raum. Dieser Entwicklung entsprach eine starke Zunahme der Nachfrage der privaten Haushalte und der Importe (Tabelle 6). Da zudem der Pfundkurs noch stieg, lag der reale effektive Wechselkurs des Pfundes gegenüber den anderen Industrieländern seit 1997 deutlich über dem Niveau zu Beginn der 90er Jahre (Abbildung 5).

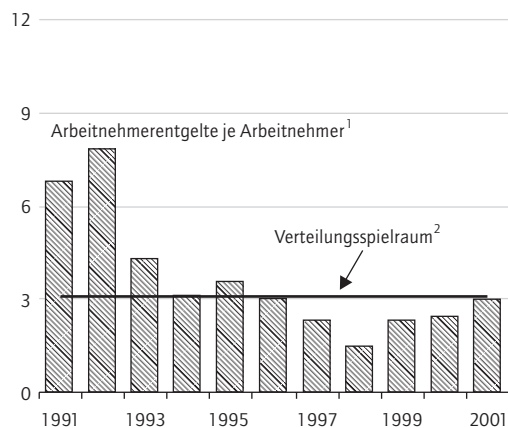
In einer Währungsunion sind nationale Beggar-my-Neighbour-Strategien über Abwertungen nicht mehr möglich; ein vergleichsweise stärkerer Anstieg der

¹⁰ Vgl.: Lohnzurückhaltung – ein Beitrag zu mehr Beschäftigung? Bearb.: Camille Logeay und Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 50/2001. Dies gilt selbst dann, wenn man für Großbritannien nicht den anvisierten Inflationswert der EZB (1,5 %), sondern den der Bank of England (2,5 %), an dem sich die britische Geldpolitik orientiert, heranzieht.

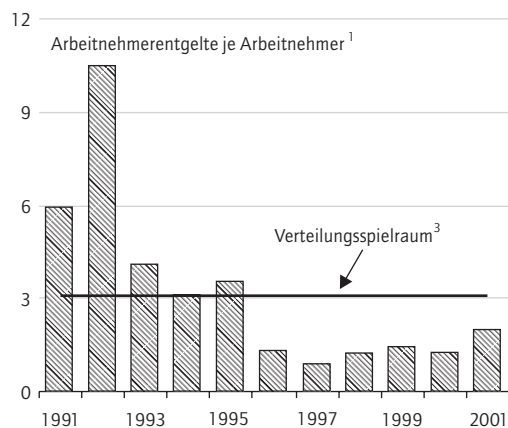
Abbildung 3

Verteilungsspielraum 1991 bis 2001

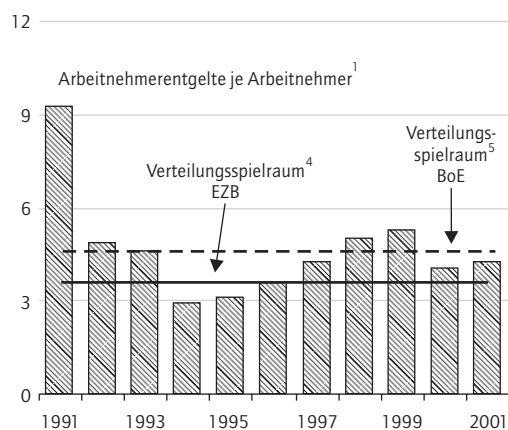
EWU



Deutschland



Großbritannien

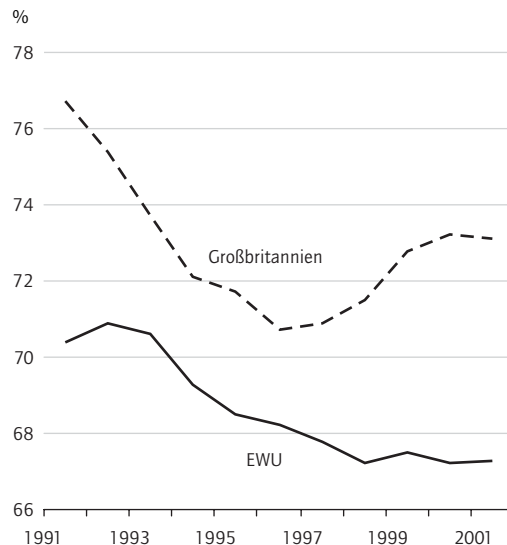


- 1** Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
2 Inflationswert 1,5 % plus Arbeitsproduktivitätsdurchschnitt über die 90er Jahre 1,6 %.
3 Inflationswert 1,5 % plus Arbeitsproduktivitätsdurchschnitt über die 90er Jahre 1,5 %.
4 Inflationswert 1,5 % plus Arbeitsproduktivitätsdurchschnitt über die 90er Jahre 2,1 %.
5 Inflationswert 2,5 % (Bank of England) plus Arbeitsproduktivitätsdurchschnitt über die 90er Jahre 2,1 %.

Quellen: Europäische Kommission; EZB;
 Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Abbildung 4

Bereinigte Lohnquote¹ 1991 bis 2001**1** Gesamtwirtschaft.

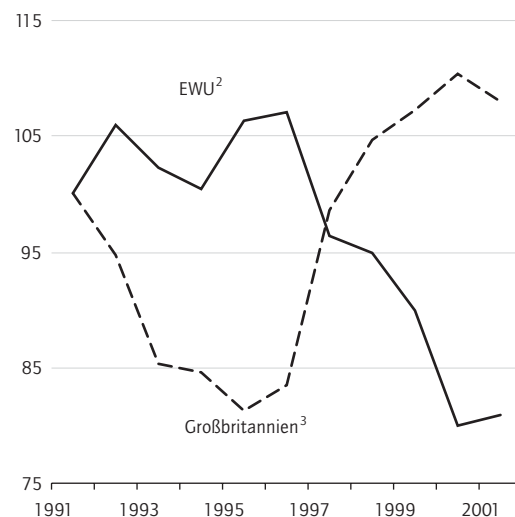
Quelle: Europäische Kommission.

DIW Berlin 2002

Abbildung 5

Realer effektiver Wechselkurs¹ 1991 bis 2001

1991 = 100

**1** Dollar-Basis.**2** Gegenüber 11 Industrieländern.**3** Gegenüber 22 Industrieländern.

Quelle: Europäische Kommission.

DIW Berlin 2002

Lohnstückkosten kann dann nicht durch nominale Abwertungen ausgeglichen werden. Im Vorfeld eines möglichen EWU-Beitritts müssen sich die britische Wirtschafts- und insbesondere Lohnpolitik daher

Tabelle 5

**Einkommen aus unselbständiger Arbeit und gesamtwirtschaftliche Lohnstückkosten
1991 bis 2001**

	EWU		Großbritannien		EWU		Großbritannien	
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit				Lohnstückkosten¹			
	nominal	real²	nominal	real²	nominal	real	nominal	real
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				1991 = 100			
1991	6,8	1,5	9,3	1,3	100,0	100,0	100,0	100,0
1992	7,8	2,9	4,9	0,2	104,8	100,7	102,3	98,3
1993	4,3	0,1	4,6	1,3	108,0	100,4	102,9	96,4
1994	3,1	−0,4	2,9	1,0	108,4	98,1	101,9	94,3
1995	3,6	0,2	3,1	0,0	110,0	97,0	103,7	93,5
1996	3,0	0,3	3,6	0,5	111,5	96,5	105,8	92,3
1997	2,3	0,2	4,3	1,9	112,0	95,4	108,8	92,3
1998	1,5	0,0	5,0	2,2	112,3	94,0	112,5	92,7
1999	2,3	1,0	5,3	3,7	113,6	94,1	117,2	94,1
2000	2,5	0,3	4,1	3,4	114,7	93,8	119,7	94,5
2001	3,0	0,5	4,3	2,7	117,7	94,1	122,8	94,8

¹ Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer zu Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten.

² Deflationiert mit den Verbraucherpreisen.

Quelle: Europäische Kommission.

DIW Berlin 2002

daran ausrichten, dass mittelfristig der durchschnittliche Lohnstückkostenanstieg der EWU nicht überschritten wird.

Problem des „richtigen“ Pfundkurses

Im Falle eines Beitritts Großbritanniens zur Währungsunion ist ein Umstellungskurs des Pfundes zum Euro anzustreben, der mittelfristig als wettbewerbsgerecht angesehen werden kann. Hinsichtlich eines solchen „richtigen“ Pfundkurses für den Beitritt kann es nur Annäherungen geben. Hierbei können Lohnstückkostendivergenzen und die Entwicklung der Leistungsbilanz Anhaltspunkte liefern. Gegenwärtig ist das Pfund gegenüber dem Euro stark, gegenüber dem Dollar aber eher schwach (Abbildung 5). Zu einem Ausgleich der Leistungsbilanz ist es Mitte der 90er Jahre gekommen, als der

reale effektive Wechselkurs um fast 20 % unter dem Niveau von 1991 oder sogar rund 25 % unter dem heutigen Niveau lag. Danach stellten sich wieder hohe Defizite ein. Bei einem gegenwärtigen Kurs von 1,60 bis 1,65 Euro je Pfund erscheint infolgedessen eine kräftige Abwertung zur Stärkung der britischen Wirtschaft erforderlich. Diverse jüngere Studien kommen anhand der Entwicklung von Kaufkraftparitäten oder anderer Indikatoren wie auch mittels des Einsatzes verschiedener Modelle je nach Annahmen zu einem „Gleichgewichtskurs“ von 1,04 bis 1,53 Euro je Pfund, wobei die Mehrzahl der Ergebnisse bei 1,30 bis 1,46 liegt.¹¹ Dies bedeutete eine Abwertung von bis zu 20 %.

¹¹ Vgl. Übersicht in: OECD Economic Survey United Kingdom 2002, S. 158.

Deutliche Abwertung erforderlich

Tabelle 6

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Großbritannien 1991 bis 2001

Reale Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Privater Verbrauch	-1,5	0,6	3,2	3,3	1,9	3,8	3,8	3,8	4,2	4,1	4,1
Öffentlicher Verbrauch	3,0	0,7	-0,7	1,0	1,7	1,2	0,1	1,5	2,8	1,9	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	-8,2	-0,9	0,3	4,7	3,1	4,7	7,1	13,2	0,9	4,9	1,1
Exporte	-0,1	4,3	4,4	9,2	9,0	8,2	8,3	3,0	5,4	10,3	0,8
Importe	-4,5	6,8	3,3	5,7	5,4	9,6	9,7	9,6	8,9	10,9	2,8
Bruttoinlandsprodukt	-1,4	0,2	2,5	4,7	2,9	2,6	3,4	3,0	2,1	3,0	2,4

Quellen: OECD; ONS; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2002

Beitritt kein ökonomisches Risiko

Die Analyse der verschiedenen Kriterien macht deutlich: Aus ökonomischer Sicht ist der Beitritt Großbritanniens zum gemeinsamen Währungsraum weder für die bisherigen Mitglieder noch für Großbritannien selbst ein hohes Risiko.

Das schwierigste Problem stellt aus heutiger Sicht die Festsetzung eines adäquaten, d. h. auf Dauer weder die EWU noch Großbritannien belastenden Umstellungskurses des Pfundes dar. Klar ist, dass dieser deutlich unter dem zurzeit am Markt herrschenden Kurs liegen muss. In allen übrigen Bereichen hat Großbritannien – wenn zum Teil auch wider Willen – bereits einen erheblichen Konvergenzpro-

zess im Hinblick auf Europa vollzogen. Mit einem Beitritt zur Währungsunion müsste Großbritannien seine Zielinflationsrate etwas niedriger, auf höchstens 2,0 % statt 2,5 %, festsetzen. In den vergangenen Jahren hätte dies jedoch keine weiteren gravierenden Konsequenzen gehabt, da selbst die relativ hohen Lohnzuwächse in Großbritannien mit diesem Stabilitätsziel vereinbar waren und die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex gemessenen tatsächlichen Inflationsraten auch den Stabilitätsvorstellungen der EZB entsprachen.

Das entscheidende Hindernis für Großbritannien auf dem Weg in die europäische Integration ist eher politischer Natur und entzieht sich damit zumindest teilweise der ökonomischen Debatte.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). Euro 38,-/sFr 67,-.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). Euro 76,-/sFr 131,-.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). Euro 62,-/sFr 107,-.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). Euro 62,-/sFr 107,-.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). Euro 56,-/sFr 97,-.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). Euro 62,-/sFr 107,-.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle – Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). Euro 58,-/sFr 100,-.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). Euro 52,-/sFr 90,-.
- Nr. 168 **E-Commerce – Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). Euro 56,-/sFr 97,-.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). Euro 58,-/sFr 100,-.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). Euro 74,-/sFr 128,-.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). Euro 46,-/sFr 81,-.
- Nr. 172 **Internationale Entwicklungstendenzen nationaler Steuersysteme – von der direkten zur indirekten Besteuerung?** Von Stefan Bach, Wolfgang Scheremet, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann. 270 S. 2001. (3-428-10718-7). Euro 74,-/sFr 128,-.



1000-mal nachgefragt: Daten des Sozio-oekonomischen Panels

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine repräsentative Längsschnittstudie privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Im März 2002 ging beim SOEP, das im DIW Berlin angesiedelt ist, der 1 000. Datennutzungsantrag ein. Das SOEP ist Teil der Infrastruktur für sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung und damit gewissermaßen ein „Großgerät“, vergleichbar mit einer Einrichtung wie dem Berliner Elektronenspeicherring BESSY, die viele Physiker nach Berlin lockt. Allerdings haben es die Nutzer der SOEP-Daten wesentlich einfacher: Sie brauchen nicht nach Berlin zu kommen, denn die Daten werden in anonymisierter Form direkt an Forscher aus aller Welt weitergegeben. Inzwischen basieren weltweit mehr als 2 500 wissenschaftliche Veröffentlichungen auf dem Datensatz des SOEP. Die Nachfrage steigt nach wie vor, und der Nutzerkreis wird zunehmend breiter: Datennutzungswünsche aus dem In- und Ausland kommen vermehrt aus den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaften, Pädagogik, Sozialpsychologie, Sozialmedizin, Geographie etc.

Der 1 000. Datennutzungs-Vertrag wurde mit Dr. Rosalia Vazquez-Alvarez abgeschlossen. Sie forscht am University College Dublin, Institute for the Study of Social Change, Dublin/Irland, und verwendet die Daten für eine Studie zum Thema „Bildung, Ungleichheit und Gesundheit“.

Im SOEP werden private Haushalte seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland einmal jährlich zum Thema „Leben in Deutschland“ befragt. Nach der Aufstockung der Stichprobe im Jahre 2000 stehen jetzt anonymisierte Informationen für über 20 000 Personen in etwa 12 000 Haushalten zur Verfügung.

Der SOEP-Datensatz wird wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Themenschwerpunkte sind:

- Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität
- Gesundheit, Lebenszufriedenheit und Zukunftsorientierung
- Einkommens- und Wohnsituation
- Regionalanalysen in West- und Ostdeutschland
- Integrationsprozesse bei Zuwanderern und Ausländern.

Mehr Informationen zum SOEP unter www.diw.de/soep oder direkt beim Leiter des SOEP, Gert G. Wagner, Tel. +49-30-987 89-283, gwagner@diw.de

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Kurt Geppert
Dörte Höppner
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
121 65 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 001 2-1 304

Bestellung unter www.diw.de

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

**Der nächste Wochenbericht
erscheint am 11. April 2002**